Sitzungsvorlage

FB / Aktenzeichen	Vorlage	Datum
I/10 öffentlich	2016/163	03.11.2016

BERATUNGSFOLGE		Beratungsergebnis			
Gremium	Termin	EST	Ja	Nein	Enth.
Gemeinderat	24.11.2016				

Einrichtung einer Beigeordnetenstelle - Änderung der Hauptsatzung

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Ostbevern richtet zum 1. April 2017 eine Stelle einer/eines Beigeordneten mit eigenem Geschäftsbereich ein.

Die Verwaltung wird mit der Ausschreibung einer Beigeordnetenstelle beauftragt.

Die Ausschreibung soll folgende Geschäftsbereiche enthalten:

- Allgemeiner Vertreter
- Geschäftsführer BBO
- Geschäftsführer KJWO
- Geschäftsführer Touristik
- Wirtschaftsförderung
- Vorgesetzter FBL I und FB I Schulen, Personal, Haushalt

Die Ausschreibung soll in der regionalen Presse, in überörtlichen Zeitungen und Zeitschriften sowie Internetplattformen erfolgen.

Der Gemeinderat beschließt folgende Ergänzung der Hauptsatzung (Anlage 1):
Es wird eine hauptamtliche Beigeordnete/ein hauptamtlicher Beigeordneter gewählt.
Die/Der Gewählte ist allgemeine Vertreterin/allgemeiner Vertreter der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters.

Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Die Besoldung erfolgt entsprechend § 2 Abs. 2 EingrVO in Besoldungsgruppe A 14.

Somit ist mit jährlichen Personalaufwendungen für die Besoldung von rd. 65.000 € zzgl. Rückstellungen in Höhe von zunächst rd. 25.000 € zu rechnen.

Bei Einrichtung der Stelle ist eine einmalige Rückstellung zu bilden. Die Höhe der Rückstellung ist davon abhängig, welche Erstattungsansprüche aus vormaligen Stellen existieren.

Der Stellenplan ist die Grundlage der gemeindlichen Personalwirtschaft. Gemäß § 74 Abs. 2 GO ist der Stellenplan einzuhalten. Abweichungen sind nur zulässig, soweit sie aufgrund des Besoldungs- oder Tarifrechts zwingend erforderlich sind. Gemäß § 8 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO) hat der Stellenplan die im Haushaltsjahr erforderlichen Stellen der Beamtinnen und Beamten und der nicht nur vorübergehend beschäftigten Bediensteten auszuweisen. Da der Stellenplan gemäß § 1 Abs. 2 Ziffer 2 GemHVO dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen ist, bedarf die Einrichtung einer Beigeordnetenstelle der Änderung des Stellenplanes im Rahmen der Beschlussfassung über den Haushaltsplan für das Jahr 2017.

Gleichstellung:

Es werden gleichstellungsrelevante Fragen tangiert. ja [**X**] nein []

[**X**] Die Gleichstellungsbeauftragte ist beteiligt worden.

Sachdarstellung:

Einrichtung einer Beigeordnetenstelle

Zum 1. Juli 2016 hat Herr Gemeindeoberverwaltungsrat Hubertus Stegemann aus persönlichen Gründen die Funktion des allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters niedergelegt. Auf die Vorlage 2016/081 wird verwiesen. Seitdem ist diese Funktion vakant.

In § 68 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) ist die allgemeine Vertretung des Bürgermeisters geregelt. Der § 68 GO NRW trifft Vorsorge für den Fall der rechtlichen oder tatsächlichen Verhinderung des Bürgermeisters in der Ausübung seines Amtes und dient damit gleichzeitig zur Entlastung der Dienstgeschäfte. Die Vertretungsvoll-

macht bezieht sich allerdings ausschließlich auf die Vertretung der Verwaltungsspitze, als Vorsitzender des Rates und des Haupt- und Finanzausschusses. Bei repräsentativen Angelegenheiten wird der Bürgermeister auch weiterhin durch seine ehrenamtlichen Stellvertreterinnen vertreten.

Insofern ist die Notwendigkeit für die Besetzung der Funktion eines allgemeinen Vertreters für den Bürgermeister zwingend gegeben. Dafür sieht § 68 Abs. 1 GO NRW zwei Möglichkeiten vor:

1. Der Rat bestellt eine/n Beigeordnete/n zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters.
2. Ist ein/e Beigeordnete/r nicht vorhanden, so bestellt der Rat den allgemeinen Vertreter.

Da in der Leitungsebene eine Übertragung der Funktion zum allgemeinen Vertreter auf vorhandene Mitarbeiter derzeit aus persönlichen und rechtlichen Gründen nicht denkbar ist, soll eine Stelle einer/eines Beigeordneten geschaffen werden.

Der allgemeine Vertreter muss ein Beamter sein, denn er nimmt bei den Beamten die Dienstvorgesetzteigenschaft wahr. Gemäß § 2 Abs. 2 EingrVO ist in der Gemeinde Ostbevern der zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters bestellte Beigeordnete in Besoldungsgruppe A 14 einzugruppieren.

Der/Dem Beigeordneten sollen neben der Funktion des allgemeinen Vertreters darüber hinaus eigene Geschäftsbereiche übertragen werden (eine Erläuterung dazu folgt auf den weiteren Seiten).

Die Mitarbeiter der Verwaltung haben derzeit stetig 3.500 Überstunden. Um diese Überstunden, werden in den Fachbereichen I, II und III zusätzliche Stundenkontingente benötigt. Der Beigeordnete kann durch einen eigenen Geschäftsbereich und durch Vertrauensarbeitszeit (keine Festlegung auf eine 41-Stundenwoche), analog des Bürgermeisters, zu einem erheblichen Abbau in verschiedenen Bereichen beitragen. Zudem sollen derzeitige Auszubildende nach bestandener Prüfung in verschiedenen Bereichen übernommen werden und auch so zur Minderung der Arbeitsbelastung beitragen.

Eine Auszubildende wurde bereits im Sommer 2016 befristet bis 31.12.2016 übernommen und soll unbefristet in den Fachbereichen I und III weiter beschäftigt werden. Im Sommer 2017 wird eine weitere Auszubildende ihre Angestelltenausbildung beenden und befristet bis zum 31.12.2017 im Fachbereich II übernommen. Geplant ist eine weitere unbefristete Übernahme ab dem 01.01.2018.

Eine Mitarbeiterin der Vivento ist weiterhin bis zum 31.12.2017 zur Gemeinde abge-

ordnet und im Fachbereich II tätig.

Mit diesem Maßnahmenpaket von insgesamt vier zusätzlichen Mitarbeitern (ein/e Beigeordnete/r, zwei Angestellte, eine Vivento-Mitarbeiterin), sollen die Überstunden deutlich reduziert werden. Weiterhin kann somit das Fachwissen frühzeitig an die neuen Mitarbeiter übertragen werden. 2020 und in den Jahren danach werden voraussichtlich drei Mitarbeiter in den Ruhestand überführt. Die Gemeinde hat im Sommer 2016 auch wieder eine weitere Auszubildende eingestellt, die voraussichtlich ab Sommer 2019 die Ausbildung beendet.

Die Beigeordnetenstelle gibt dem Rat die Möglichkeit frühzeitig die Personalauswahl für diese Stelle mitzugestalten und zu entscheiden. Nach acht Jahren kann auf eine weitere Besetzung der Beigeordnetenstelle verzichtet werden oder bei einer zwischenzeitlichen Vakanz eines Fachbereichsleiters kann auf eine Neubesetzung zunächst verzichtet werden. Sollten sich personelle Änderungen innerhalb oder nach Ablauf der Amtsperiode ergeben, könnte eine Änderung der Leitungsebene herbeigeführt werden, indem Stellen wegfallen oder umstrukturiert werden.

Gemäß § 41 Abs. 1 Buchstabe c) GO gehört die Wahl der Beigeordneten zu den nicht auf andere Gremien oder Personen übertragbaren Zuständigkeiten des Rates. Konkretisiert wird diese Zuständigkeit in § 71 Abs. 1 GO, wonach der Rat die Beigeordneten für die Dauer von 8 Jahren wählt. Da § 71 Abs. 1 GO bestimmt, dass die Zahl der Beigeordneten durch die Hauptsatzung festgelegt wird und gemäß § 41 Abs. 1 Buchstabe f) GO der Rat ausschließlich zuständig ist für den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen, ist auch die Frage der Einrichtung einer Beigeordnetenstelle grundsätzlich als Angelegenheit der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung ausschließlich dem Rat zugewiesen.

Im Kreis Warendorf gibt es Beigeordnete in den Städten Ahlen, Oelde und Warendorf. In Sendenhorst gab es bis vor einigen Jahren einen Beigeordneten. In einer Kommune unter 20.000 Einwohner gibt es derzeit in Nottuln eine Beigeordnete.

Eine Stellenbesetzung wäre ab dem 1. April 2017 nach Genehmigung des Haushaltes 2017 möglich.

Änderung der Hauptsatzung

Gemäß § 71 Abs. 1 Satz 1 GO wird die Zahl der Beigeordneten durch die Hauptsatzung festgelegt. Die Hauptsatzung der Gemeinde Ostbevern sieht eine Beigeordnetenstelle nicht vor. Insofern bedarf die Einrichtung einer Beigeordnetenstelle der Änderung der Hauptsatzung.

Die Muster-Hauptsatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW sieht hierfür fol-

gende Formulierung vor:

Beigeordnete

Es wird eine hauptamtliche Beigeordnete/ein hauptamtlicher Beigeordneter gewählt. Die/Der Gewählte ist allgemeine Vertreterin/allgemeiner Vertreter der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters.

Zu beachten ist, dass die Änderung der Hauptsatzung einer qualifizierten Mehrheit bedarf. Gemäß § 7 Abs. 3 Satz 3 GO kann der Rat die Hauptsatzung und ihre Änderung nur mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder beschließen. Gemäß § 40 Abs. 2 GO besteht der Rat aus den gewählten Ratsmitgliedern und dem Bürgermeister, somit in Ostbevern aus 27 Mitgliedern. Für die Änderung der Hauptsatzung ist eine Mehrheit von 14 Stimmen erforderlich.

Ausschreibung einer Beigeordnetenstelle

Gemäß § 71 Abs. 2 Satz 2 GO sind die Stellen der Beigeordneten auszuschreiben. Sinn der Ausschreibung ist es, einen möglichst großen Personenkreis anzusprechen, um daraus die bestgeeignete Persönlichkeit als Beigeordnete/n auswählen zu können. Die Ausschreibung sollte daher nicht nur in der regionalen Presse, sondern in überörtlichen Zeitungen und Zeitschriften sowie Internetplattformen erfolgen. Der Rat bestimmt die Einzelheiten des Ausschreibungsverfahrens und somit auch die wesentlichen Inhalte des Ausschreibungstextes, wobei die Inhalte des § 71 Abs. 3 GO einzuhalten sind.

Gemäß § 68 Abs. 2 GO vertreten die Beigeordneten den Bürgermeister in ihrem Arbeitsgebiet. Somit muss der kommunalverfassungsrechtlichen Funktion eines Beigeordneten ein eigener Arbeits-/Geschäftsbereich zugewiesen werden, in dem Verwaltungsaufgaben zusammen gefasst sind, die ein solches Gewicht haben, dass sie die Bildung einer „Einzelverwaltung“ mit einer kommunalverfassungsrechtlich herausgehobenen Führungsposition als angemessen erscheinen lassen. Gemäß § 73 Abs. 3 GO kann der Rat diesen Geschäftskreis im Einvernehmen mit dem Bürgermeister festlegen. Kommt eine Einigung nicht zustande, kann der Rat den Geschäftskreis der/s Beigeordneten mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder festlegen. Bei diesen Entscheidungen hat der Bürgermeister kein Stimmrecht. Da der Geschäftsbereich bereits Inhalt der Ausschreibung sein sollte, ist eine Verständigung im Vorfeld angezeigt. Empfehlenswert ist trotzdem der Hinweis in der Ausschreibung, dass die Gemeinde sich eine spätere Änderung des Geschäftsbereiches vorbehält.

Eine Bewerbungsfrist sieht die Gemeindeordnung nicht vor. Gleichwohl sollte für die

Bewerbung eine angemessene Frist eingeräumt werden (z. B. 4 Wochen nach Erscheinen der Anzeige). Da die Bewerbungsfrist keine Ausschluss-, sondern eine Ordnungsfrist darstellt, können später eingehende Bewerbungen grundsätzlich berücksichtigt werden.

Vorschlag für einen Geschäftsbereich des Beigeordneten:

- Allgemeiner Vertreter
- Geschäftsführer BBO
- Geschäftsführer KJWO
- Geschäftsführer Touristik
- Wirtschaftsförderung
- Vorgesetzter FBL I und FB I Schulen, Personal, Haushalt

Im Geschäftsbereich des Bürgermeisters verbleiben:

- VITAL-Region
- FB II, Ordnungsamt, Bürgerservice, Katastrophenschutz, Feuerwehrwesen usw.
- FB III, Stadtplanung, Liegenschaftsverwaltung, Quartiersmanagement, Klimaschutz usw.
- FB IV, Bauausführung, Bauunterhaltung, Gebäudemanagement usw.
- Beteiligung des Personalrates

Gemäß § 72 Abs. 1 Ziffer 1 Landespersonalvertretungsgesetz NRW (LPVG) hat der Personalrat bei der Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern grundsätzlich ein Mitbestimmungsrecht. Dieses Mitbestimmungsrecht steht ihm nach § 72 Abs. 1 Satz 2 LPVG bei der Einstellung kommunaler Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten nicht zu.

Da dem Beigeordneten jedoch ein eigener Arbeits-/Geschäftsbereich zugewiesen werden muss (siehe Ziffer 2) und diese Zuweisung Auswirkungen auf die bisherige Aufgabenverteilung eines oder mehrerer Fachbereiche haben wird, ist nach Auskunft der Servicestelle Personal der Personalrat jedoch gemäß § 72 Abs. 3 Ziffer 4 LPVG aufgrund der beabsichtigten Änderung der Arbeitsorganisation zu beteiligen.

Gemäß § 66 Abs. 1 LPVG bedarf diese mitbestimmungspflichtige Maßnahme somit der Zustimmung des Personalrates. Der Personalrat wurde bereits in einem Gespräch mit dem Bürgermeister über die Absicht einer Einrichtung einer solchen Stelle informiert und ein möglicher Geschäftsbereich vorgestellt.

Qualifikation

Der herausgehobenen Stellung dieser Position entsprechend, werden gesetzliche Anforderungen gestellt, um Mindeststandards für die Verwaltungsführung zu gewährleisten. Gemäß § 71 Abs. 3 GO müssen Beigeordnete die für ihr Amt erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen und eine ausreichende Erfahrung für dieses Amt nachweisen. In der Gemeinde Ostbevern muss der Beigeordnete die Befähigung für die Laufbahn des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes besitzen oder die Befähigung zum höheren allgemeinen Verwaltungsdienst. Hinzu kommen die persönlichen Voraussetzungen, die für alle Gemeindebeamten gefordert werden und die in § 7 Beamtenstatusgesetz festgelegt sind. Danach darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer Deutscher i. S. d. Art. 116 Grundgesetz ist und die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintritt. Grundsätzlich gilt für die Beigeordneten auch das Eignungs- und Leistungsprinzip aus Art. 33 Abs. 2 GG.

Gemäß § 72 GO dürfen der Bürgermeister und die/der Beigeordnete untereinander nicht Angehörige sein.

Wahl

Gemäß § 41 Abs. 1 Buchstabe c) GO gehört die Wahl der Beigeordneten zu den nicht auf andere Gremien oder Personen übertragbaren Zuständigkeiten des Rates. Konkretisiert wird diese Zuständigkeit in § 71 Abs. 1 Satz 2 GO, wonach der Rat die Beigeordneten für die Dauer von 8 Jahren wählt.

Die Gemeinde wählt die/den Beigeordnete/n auf der Grundlage ihrer Personalhoheit nach ihrem Ermessen aus. Dieses Ermessen ist an den Leistungsgrundsatz des § 71 Abs. 3 Satz 1 GO sowie an die in der Ausschreibung zudem formulierten Anforderungen gebunden.

Die sachgerechte Ausübung des Rechts der Ratsmitglieder zur Entscheidung setzt die Möglichkeit zu umfassender Information über die Entscheidungsgrundlagen voraus. Dazu gehört insbesondere die Möglichkeit zu einer eigenverantwortlichen Eignungseinschätzung der Bewerber. Ob und weshalb ein vorgeschlagener Kandidat besser geeignet ist als ein anderer, lässt sich nur bei Kenntnis des gesamten Bewerberfeldes beurteilen. Demzufolge sollte der Bürgermeister die von den Bewerbern beigebrachten Leistungsnachweise anhand der Kriterien des Ausschreibungstextes sowie des Anforderungsprofils zuordnen und prüfen, welcher der Bewerber diese Kriterien am besten erfüllt.

Häufig erfolgt in Gemeinden eine solche Vorauswahl auch unter Beteiligung der Frak-

tionen. Nicht selten stellen sich Bewerber auch in Ausschüssen, z. B. im Haupt- und Finanzausschuss vor.

Die Wahl erfolgt gemäß § 50 Abs. 2 GO. Die Wahl erfolgt in öffentlicher Sitzung des Rates. Die Regelung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Gemeinde Ostbevern, wonach Personalangelegenheiten grundsätzlich in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden, kommt für die Wahl der/s Beigeordneten nicht zur Anwendung. Denn die Wahl der/s Beigeordneten ist keine Personalangelegenheit im geschäftsordnungsmäßigen Sinne, sondern ein Akt des Verfassungslebens der Gemeinde. Lediglich die Vorstellung von Bewerbern wird in der Regel in nicht öffentlicher Sitzung stattfinden.

Die Wahl wird, wenn niemand ausdrücklich widerspricht, durch offene Abstimmung, sonst durch Abgabe von Stimmzetteln, vollzogen. Gewählt ist die vorgeschlagene Person, die mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen gemäß § 50 Abs. 6 GO nicht zur Berechnung der Mehrheit mit.

Möglicher Zeitplan

Sitzung des Rates (Entscheidung)

Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Ostbevern

Beschluss über die Durchführung der Ausschreibung inkl. Festlegung des Ausschreibungstextes/Geschäftsbereiches der/s Beigeordneten

Veröffentlichung der Ausschreibung

Sichtung der Bewerbungsunterlagen durch Bürgermeister und Fraktionsvertreter

Vorstellungsgespräche (unter Beteiligung der Fraktionen)

Wahl der/des Beigeordneten im Gemeinderat

Wolfgang Annen
Bürgermeister